

**Außerordentliche,
erweiterte Tagung**
der 3. Hauptversammlung,
Dienstag, 14.11., 18 Uhr
Betriebsrestaurant der DB AG,
Ruschestraße 104



Die neugewählte Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (2. v. l.) und die drei Bezirksstadträte mit Mandat der Linkspartei.PDS Katrin Lompscher, Andreas Prüfer und Michael Räßler-Wolff

Lichtenberg richtigrot

Am 26. Oktober wurde Christina Emmrich als Lichtenberger Bürgermeisterin mit 40 Stimmen im Amt bestätigt. Das ist ein großer Erfolg, ist Christina Emmrich doch zur Zeit die einzige Berliner Bürgermeisterin mit Linkspartei-Mandat. Im Nachbarbezirk Marzahn-Hellersdorf ist erst am Wahltag eine Zählgemeinschaft gegen die Linkspartei geplatzt. Vielleicht bekommt Christina Emmrich noch eine Kollegin. Das wäre gut.

Unsere Rathauschefin ist weit über die Grenzen des Bezirks hinaus bekannt. Sie hat das Pilotprojekt Bürgerhaushalt in Berlin vorangetrieben und ist überall in der Bundesrepublik und auch im Ausland eine gefragte Gesprächspartnerin. Sie ist so Botschafterin Lichtenbergs und auch der Linkspartei.PDS.

Haben diese Leistungen nicht automatisch die Mehrheit der Bezirksverordneten überzeugt, Christina Emmrich zur Bürgermeisterin zu wählen? Leider nein, denn wir befinden uns im politischen Wettbewerb. Nach der Wahl wurde zunächst versucht, eine Zählgemeinschaft gegen die Linkspartei.PDS zusammenzubekommen. Es bedurfte intensiver Gespräche mit allen Parteien – außer der NPD selbstverständlich –, um die Mehrheiten für die richtigrote Bürgermeisterin zu sichern.

Oskar Lafontaine sagte übrigens auf unserem Sommerempfang, er sei sich der Bedeutung der Einladung erst so richtig bewusst geworden ist, nachdem er erfahren habe, dass der Bezirk Lichtenberg mehr Einwohner hat als Saarbrücken.
Gesine Löttsch

Jetzt erst recht!

Von Christina Emmrich,
Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg

Nach Karlsruhe ist die gestaltungspolitische Großwetterlage rauer geworden. Die Berliner Industrie- und Handelskammer erneuerte sofort ihren „Einsparvorschlag“, die Berliner Bezirke abzuschaffen. Doch diese krude Idee stieß weder bei uns noch bei der SPD auf offene Ohren. Im Gegenteil: Es gibt ein klares Bekenntnis zur Existenz und zur Stärkung der Bezirke, und das hat viele gute Gründe. Vor allem kann im Bezirk der Einfluss der Einwohnerinnen und Einwohner auf die Politik besonders groß sein. So bekennen wir uns bei den Koalitionsverhandlungen auch eindeutig zu Bürgerhaushalten. Das war schon vor Karlsruhe so verabredet, ist aber nach Karlsruhe um so wichtiger.

SPD und Linkspartei wollen nicht die öffentliche Daseinsvorsorge privatisieren, unsere bildungspolitische Initiative stoppen bzw. auf den so notwendigen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor verzichten. Um das und weiteres aber finanzieren zu können, müssen wir sorgsam mit den knappen Finanzen umgehen und gemeinsam über die Prioritäten entscheiden.

In Lichtenberg haben wir deshalb bereits im Oktober die Beratungen zum Bürgerhaushalt 2008 gestartet, die Bauinvestitionsplanung bis 2012 zur öffentlichen Debatte gestellt, seit Anfang Oktober in soziokulturellen Zentren und Klubs Mini-Bürgerhaushalts-Beratungen durchgeführt. Ab 19. November gibt es in den fünf Stadtteilen die regionalen Bürgerversammlungen. Natürlich kann auch wieder das Internet genutzt werden. Unsere Antwort auf Karlsruhe ist: Wir gestalten trotz knapper Kassen unser Leben selbst! Jetzt erst recht!

In dieser Ausgabe

- Die Jugendseite: Bildungsblockaden einreißen! (Seite 2)
- Interview mit Prof. Gerhard Fischer, CDU (Seite 3)
- Konstituierung der BVV (Seite 4)
- Bartsch: Die Linkspartei wird ein eingetragener Verein. (Seite 5)



Nur ganz anders

Nach mehr als zwei Jahren rief der DGB zum 21. Oktober endlich wieder zu massenhaften Protesten gegen die herrschende Regierungspolitik auf. In der Zwischenzeit konnte die Große Koalition ziemlich ungestört die Hartz-Grausamkeiten auf die Spitze treiben, die schon unter SPD und Grünen gemeinsam mit CDU und FDP ausgetüftelt wurden.

Besonders für junge Leute heißt das: Wer keine Ausbildung oder Arbeit bekommt – weil Unternehmen trotz hoher Profite nicht ausbilden und Jobs streichen – wird vom Jobcenter „gefördert und gefordert“: Sie oder er wird gezwungen, Billigjobs oder oft wenig sinnvolle Beschäftigungen anzunehmen. Wer das nicht mitmachen will oder die Perspektivlosigkeit dieser Maßnahmen nicht ertragen kann, dem soll knallhart die Unterstützung gestrichen werden.

Junge Menschen bekommen nur einen gekürzten Grundbetrag (276 Euro), aber kriegen wir unser Essen etwa billiger, weil wir unter 25 sind? Die gleiche magische Grenze gilt auch für die eigene Wohnung. Zwar dürfen wir uns mit 18 für den Staat totschießen lassen – ein Recht, selbstständig zu leben, das bitteschön bekommen wir nicht.

Tausende Ausbildungsplätze fehlen jedes Jahr. Die herrschende Politik hat das Problem erkannt – und die Wirtschaft butterweiche Selbstverpflichtungen unterschreiben lassen, statt mit einer Ausbildungsumlage große Unternehmen zur Schaffung von Lehrstellen zu zwingen und kleinen Betrieben das Ausbilden finanziell zu erleichtern.

Wer einen Ausbildungsplatz errungen hat, muss sich nur allzuoft gnadenlos ausbeuten lassen. Unbezahlte Überstunden, Lückenfüllerjobs statt echter Lehre im Betrieb – Tagesordnung von vielen. Das Motto lautet „Beschwer dich doch, dein Platz ist begehrt!“

Begehrt und benötigt sind auch Studienplätze. Hörsäle und Seminare sind überfüllt – die öffentlichen Kassen leer. Doch wer hat sie leer gemacht? Die Studentinnen und Studenten? Oder u. a. eine rot-grüne Bundesregierung, die die Körperschafts- und die Vermögenssteuer abgeschafft hat oder eine Berliner große Koalition der 90er mit ihren Prestige-Projekten im Hauptstadt-Filz?

Studis konkurrieren schon jetzt mit Arbeitslosen um Billigjobs. Bücher und das nackte Leben kosten Geld, und dank Angies und Müntes skrupelloser Truppe bricht auch noch das Kindergeld ab 25 weg. In der Regelstudienzeit ist das Pensum kaum zu schaffen,



Foto: bjk; www.carookeeforum/freies-politikforum.com

aber erst recht nicht, wenn zu wenig Seminare angeboten werden. Wenigstens Studiengebühren konnte die in Berlin mitregierende Linkspartei.PDS bisher verhindern, die 100 Euro Büchergeld aber nur für die Kinder der allerärmsten Familien. Auch daran erinnerte der Jugendblock auf der Demo und forderte kostenlose Bildung für alle.

Doch nicht nur Bildungsblockaden – wie das dreigliedrige Schulsystem und häufigen Unterrichtsausfall – wollen die Jugendlichen einreißen. Sie wollen – gemeinsam mit Rentnern, Azubis, Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Studis auch jene irrsinnige Politik zu Fall bringen, die leere Kassen schafft, um damit dann zu begründen, dass die Ärmsten noch weniger bekommen, später in Rente gehen und bei Krankheit draufzahlen müssen. Geld, auch für Soziales, ist da – verteilt werden muss es nur ganz anders. *['solid]-Lbg, gw*

Verbotene Ideen!?

Das tschechische Innenministerium hat den Kommunistischen Jugendverband (KSM) verboten, weil die jungen Genossen das Privateigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftlichen Besitz umwandeln wollen. *['solid]* Lichtenberg unterstützt die Proteste gegen dieses Verbot. → www.gegen-ksm-verbot.de.

Aktion für Flüchtlinge

Ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge wird wohl kommen. Doch wird es den Namen verdienen? Tausende Briefe an die Innenminister könnten helfen. → www.proasyl.de

Der Jugendblock auf der Großdemo gegen Sozialabbau in Berlin am 21. Oktober 2006

Termine

Always check out: www.alkalij.tk

● 10. November, 18 Uhr

Kiezspaziergang: „Ehemaliges jüdisches Leben in Hohenschönhausen“; Tramhaltestelle Simon-Bolivar-Straße, → mehr Infos siehe Seite 8;

20 Uhr: Filmabend im JC Arche: „Das Leben ist schön“; Degnerstraße 40

● 12. November, ab 13 Uhr

Offene Landesmitgliederversammlung von *['solid]*; RAW-Tempel, Revaler Straße 99. Junge Linke – Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten – werden diskutieren, Kontakte knüpfen, Aktionen vorbereiten und sich politisch weiterbilden. Ab 18 Uhr: Podiumsdiskussion „Wie bewegt die Linke Berlin? Was bewegt die Bewegungen?“, eingeladen sind Vertreterinnen der Linkspartei.PDS Berlin und Vertreter sozialer und antifaschistischer Bewegungen und natürlich Du! Abends Live-Konzi: Punk und Ska mit „SÜFFIG“

● 18. November

Halbe (bei KW): Nazi-Heldengedenken verhindern, → www.redhalbe.de.vu

● 1. Dezember, 18 Uhr

Filmabend: „Themroc“; JC Arche

● 8. Dezember, 18 Uhr

Filmabend: „V wie Vendetta“; JC Arche

● Die nächsten *['solid]*-Treffen:

9. und 23. November, 14. Dezember, jeweils 19 Uhr, Ahrenshooper Straße 5



Umgang mit der Geschichte

Für „info links“ sprach Inge Junginger mit Professor Dr. Gerhard Fischer

● **„info links“:** Im Mai dieses Jahres richtete das Alternative Geschichtsforum an Lothar Bisky einen Offenen Brief, der in der „jungen Welt“ veröffentlicht wurde. Es heißt darin, Sie „würden es begrüßen, wenn die Partei, die aus der DDR und dem Antifaschismus kommt, ein klares Wort“ zu der gegenwärtig geführten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der DDR spräche. Was war der Anlass für diesen Brief?

● **Prof. Fischer:** Er war ein Akt der Solidarität mit Hans Rentmeister – Häftling im KZ Sachsenhausen und bis dato Generalsekretär des Internationalen Sachsenhausenkomitees. In der DDR war er Mitarbeiter des MfS. 16 Jahre lang spielte das keine Rolle. Hans Rentmeister machte kein Geheimnis daraus, aber es interessierte auch niemand. Plötzlich kam das Thema hoch, und die Hetzjagd ging los. Herr Morsch, Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, erklärte, mit einem „Stasimann“ könne er nicht zusammenarbeiten. Von seinen Kameraden erfuhr Hans Rentmeister Solidarität, doch mit nunmehr 86 Jahren fühlte er sich den bösartigen Angriffen nicht mehr gewachsen und trat zurück.

● **„info links“:** Hat Lothar Bisky geantwortet, und gab es weitere Reaktionen?

● **Prof. Fischer:** Wenige Tage danach erhielt ich Antwort. Ich habe den Brief der „jungen Welt“ übergeben, es gab aber keine weiteren Veröffentlichungen dazu.

● **„info links“:** Wie kommt es zu der scharfen Auseinandersetzung mit der DDR und ihrer Geschichte?

● **Prof. Fischer:** Je dramatischer die innenpolitische Lage in unserem Lande wird, desto schärfer führen bundesdeutsche Politik und Wissenschaft die Auseinandersetzung um die DDR und ihren Antifaschismus. Es gilt, die Erinnerung daran zu tilgen, dass 40 Jahre lang auf deutschem Boden ein Gemeinwesen von grundlegend anderem Charakter, außerhalb des Machtbereichs des Kapitals, bestand. Eigentlich hätte es nach dem Verständnis dieser Leute die DDR als Friedensfaktor in der Welt und als antifaschistische Kraft gar nicht geben dürfen. Entsprechend der Totalitarismus-Doktrin wird sie ausschließlich als „SED-Diktatur“ begriffen, Sozialismus und Faschismus werden gleichgesetzt. Die Einmaligkeit

der Naziverbrechen, die deutsche Kriegsschuld werden negiert, der Blick auf humane Anliegen des Sozialismus wird verstellt.

Typisch ist auch die gängige Praxis, Kritiker der gegenwärtigen Politik mit ihrer Haltung in der DDR zu konfrontieren und damit mundtot zu machen.

● **„info links“:** Welche Position bezieht Lothar Bisky?

● **Prof. Fischer:** Herr Bisky weist darauf hin, dass er in seiner Parteitage-Rede in Halle unmittelbar auf Schönbohms damalige Entgleisung – die Herabwürdigung des antifaschistischen Widerstandes und der Opfer in den Konzentrationslagern – reagiert hat. Die antifaschistischen Wurzeln der DDR bezeichnete er als einen „Grundkonsens, um dessen lebendige Aneignung wir ringen“. Auch Versuchen

Professor Fischer (stehend) während einer Buchlesung in den Räumen der GBM.



Foto: GBM

Biografisches

Professor Dr. Gerhard Fischer (76) besuchte ab 1945 die Oberschule in Eberswalde und leitete eine FDJ-Gruppe. 1946 wurde er Mitglied der CDU. Abitur 1949, dann Kreissekretär der FDJ und Sachgebietsleiter des FDJ-Landesvorstandes Brandenburg, ab 1951 war er Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle der CDU in Berlin, Persönlicher Referent von Gerald Götting. Zugleich wurde er auch Mitglied des Präsidiums des Kulturbundes. 1954–1956 war er stellvertretender Chefredakteur der „Neuen Zeit“.

1961 schloss er ein Fernstudium an der Karl-Marx-Universität Leipzig als Diplomjournalist ab. 1957–1969 gehörte er dem

Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU an, 1958–1989 war er Mitglied des Hauptvorstandes, nach seiner Promotion zum Dr. rer. pol. nat. ab 1970 Leiter der Wissenschaftlichen Kommission.

1987–1989 gehörte er dem Präsidium des Hauptvorstandes der CDU an, ab 1986 nahm er eine Honorarprofessur an der Humboldt-Universität zur Geschichte der DDR wahr.

Seit 1990 ist Professor Fischer aktiv in der antifaschistischen und historischen Arbeit. Er ist Bundessprecher der VVN/BdA und Sprecher des Berliner Alternativen Geschichtsforums, gehört der GBM und dem Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden an. Er ist Mitglied der CDU.



Freundlicher Bezirk

BVV-Alterspräsident Manfred Becker auf der konstituierenden Sitzung der BVV am 26. Oktober 2006

„Die Demokratie ist gestärkt, Lichtenberg hat an Menschenfreundlichkeit und an Zusammenhalt der Gesellschaft gewonnen“. So soll es auch in der neuen Wahlperiode bleiben, wünschte sich Manfred Becker (SPD), besonders auch mit Blick auf die „erheblichen Veränderungen in der Zusammensetzung gegenüber der letzten BVV“. An die neuen Verordneten gewandt, sagte er: „Sie kommen in ein Gremium, das sich ... eingeübt hat in der Ausgestaltung unseres demokratischen Gemeinwesens, und das bereit ist, sich nicht von diesem Weg abbringen zu lassen!“ Das meine z. B. die unveränderte Gültigkeit des Prinzips: Lichtenberg – ein „kinder- und familienfreundlicher Bezirk“. Lichtenberg sei ein Bezirk der grundsätzlichen Freundlichkeit gegenüber allen Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion und Herkunft. Hier ist „kein Platz für Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit!“ Auf „erfolgreichen Widerstand werden alle Versuche stoßen, so etwas in diesem Bezirk zu etablieren – mögen sie offen oder versteckt-harmlos daherkommen“.

Ressorts besetzt

Rainer Bosse (Linkspartei.PDS) ist der alte und neue Vorsteher der BVV. Christian Kind (SPD) bestimmten die Bezirksverordneten zu seinem Stellvertreter und Rim Farha (Linkspartei.PDS) zur Schriftführerin. Als Beisitzerinnen sind Frau Blashka Brechel (SPD) und auf Linkspartei.PDS-Vorschlag Beate Kitzmann (Grüne) in den Vorstand eingezogen.

Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich erhält das Ressort Personal und Finanzen. Die Bezirksstadträte Michael Räßler-Wolff, Katrin Lompscher und Dr. Andreas Prüfer (alle Linkspartei.PDS) wurden überzeugend bestätigt. Letzterer leitet weiterhin die Ressorts Wirtschaft und Immobilien, Michael Räßler-Wolff übernimmt die Ressorts Jugend und Gesundheit. Katrin Lompscher arbeitet künftig als Stadträtin für Kultur und Bürgerdienste. J.P.

Vorstand gewählt

Die neue Linkspartei.PDS-Fraktion in der BVV hat für die erste Hälfte der kommenden Wahlperiode ihren Vorstand gewählt: Christian Petermann (Vorsitzender), Dr. Christina Zühlke (stellv. Vorsitzende), Peter Fischer (Geschäftsführer), Hendrikje Klein, Kerstin Zimmer, Maja-Helen Feustel, Daniel Tietze und Reiner Hofmann.

Auf ein Wort

Rainer Bosse, Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung stand „info links“ Rede und Antwort. Die Fragen stellte Daniel Tietze.



Foto: Jörg Rückmann

- **„info links“:** Glückwunsch zur Wahl, Herr Bosse. Wie geht's weiter in der BVV?
- **Rainer Bosse:** Zunächst möchte ich das mir übertragene Amt so gut als möglich ausüben. Das heißt zum einen, in der BVV Recht und Gesetz zu wahren, und zum anderen, sich dafür zu engagieren, dass die BVV Lichtenberg eine erfolgreiche Arbeit leistet.
- **„info links“:** Wie gehen Sie mit der Vielfalt in der BVV um?
- **Rainer Bosse:** Das Amt erfordert einen gerechten Umgang mit allen Verordneten. Ich wünsche mir eine sachorientierte Arbeit und kann mir auch wechselnde Mehrheiten vorstellen. Ich glaube, die übergroße Mehrheit ist dazu bereit.
- **„info links“:** Ist denn die Geschäftsordnung ein probates Mittel für die Auseinandersetzung mit der NPD?
- **Rainer Bosse:** Nein. Die Geschäftsordnung gilt für alle gleichermaßen und kann nach Gesetz zustehende Rechte nicht einschränken. Wichtig ist, die tatsächlichen Inhalte der politischen Botschaften der NPD sichtbar zu machen und ihnen den Boden zu entziehen.
- **„info links“:** Wie bewerten sie die Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent?
- **Rainer Bosse:** Ich bin darüber nicht glücklich. Wählerschelte steht jedoch weder mir noch der BVV zu. Über Bürgernähe müssen wir offensichtlich neu nachdenken: Stichworte Mitgestaltung und Mitentscheidung. Hier müssen wir die guten Erfahrungen vom Bürgerhaushalt nutzen.



Foto: Jörg Rückmann

Wer den Holocaust leugnet, Verbrechen der Nazidiktatur leugnet und ihre Opfer verhöhnt gehört in kein Parlament. Immerhin mehr als 100 Menschen – darunter erfreulich viele Jugendliche – protestierten am 26. Oktober vor der BVV in der Große-Leege-Straße gegen den Einzug der NPD ins Bezirksparlament. Natürlich mit dabei auch die Bezirksverordneten der Linkspartei.PDS.

Entscheidende Phase

Die Gründung der neuen linken Partei tritt in die entscheidende Phase. Zur Diskussion stehen die Entwürfe der Gründungsdokumente, darunter die „Programmatischen Eckpunkte“. Konzentrierte Debatte ist bis Ende November angesagt.

Die „Eckpunkte“ zeigen unsere Gemeinsamkeiten, eingegangene Kompromisse und offene Fragen. Wichtig für mich ist, dass die programmatische Orientierung auf demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem enthalten ist. Demokratischer Sozialismus wird als transformatorischer Prozess verstanden, der im Hier und Heute beginnt und über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinausweist. Linke Programmatik richtet sich gegen alle hierarchischen Herrschaftsformen, auch gegen patriarchale. Deshalb ein extra Abschnitt zur Geschlechtergerechtigkeit.

Unsere programmatischen Ansätze für die einzelnen Politikfelder werden umfangreich beschrieben. Deutlicher sichtbar müsste meiner Meinung nach jedoch der programmatische Leitfaden werden, der all diese Forderungen verbindet: Es geht uns in allem darum,

gesellschaftliche Bedingungen und Verhältnisse zu schaffen, die es jedem ermöglichen, seine Individualität voll zur Geltung zu bringen. Individuelle Freiheit und Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.

Übrigens: Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien fordern wir einen Neuanfang der Politik für Ostdeutschland und unterbreiten dafür konkrete Vorschläge.

Strategische Kernaufgabe ist und bleibt das Ringen um einen Richtungswechsel in der Politik zur Veränderung der Kräfteverhältnisse, den wir in breiten Bündnissen mit anderen erreichen wollen. Dafür Menschen zu gewinnen, müssen wir allen Seiten politischen Handelns gleichermaßen Rechnung tragen: Protest und Widerstand, politische Gestaltung, weitergehende Zielvorstellungen. Ausgewogen sind unsere Positionen zur Regierungsbeteiligung formuliert. Weitere Lernprozesse in der politischen Praxis bleiben uns nicht erspart. Wir sollten sie nicht scheuen.

Es wird weiter diskutiert. Darauf machen die abschließenden Fragen aufmerksam. Zum Gründungsparteitag werden wir ein programmatisches Dokument haben. Das eigentliche Parteiprogramm wird sich die neue Partei bis 2008 erarbeiten.

Dr. Bernd Ihme

Linkspartei e.V.

Auf einer außerordentlichen Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS soll die Partei ein eingetragener Verein werden. Mit der Parteigründung müssen die materiellen und finanziellen Grundlagen erhalten bleiben, muss gesichert sein, dass unsere Fraktionen ungefährdet sind und die Rosa-Luxemburg-Stiftung weiter staatliche Mittel erhält.

Der Parteienrechtler Prof. Morlok hat im Auftrag beider Parteien ein Rechtsgutachten erstellt und vorgeschlagen, den Weg über das so genannte Umwandlungsgesetz zu gehen, was aber nur rechtsfähigen, sprich eingetragenen Vereinen möglich ist.

Im juristischen Verständnis ist jede Partei zugleich ein Verein. Die meisten Parteien haben sich, wie auch wir, als nicht rechtsfähiger Verein konstituiert. Das wollen wir nun ändern. Für die Partei und ihre Mitglieder bleibt alles wie es ist. Bedenken, wir würden mit diesem Schritt die Partei gefährden, sind unbegründet. Um den Zeitplan der Parteineubildung einzuhalten, haben wir die außerordentliche Tagung schnell einberufen. Es geht also um einen formalen Schritt. Unsere Partner von der WASG werden auf ihrem Parteitag ebenso handeln. *Dietmar Bartsch per E-mail*

Inkompetent?

Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen und der Koalitionsvertrag sollen den Mitgliedern der Berliner Linkspartei.PDS zur Urabstimmung vorgelegt werden – das forderte in einem Antrag die Basisgruppe 207/7 auf der Hauptversammlung am 23. Oktober. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Diese Entscheidung bedeutet aber nicht, dass die Basis nicht kompetent sei, solch einer Verantwortung gerecht zu werden. Viele Genossen sprachen sich gegen den Antrag aus, weil die Zeit zur inhaltlichen Vorbereitung viel zu kurz ist. Bei allen direktdemokratischen Verfahren stehen Monate für die sachkundige Urteilsfindung zur Verfügung. Bei einem so inhaltsschweren Papier wie dem Koalitionsvertrag wären es nur ein paar Tage.

In der Diskussion wurde vorgeschlagen, die Lichtenberger Mitglieder der Verhandlungsgruppe (Ch. Emmrich, K. Lompscher und H. Wolf) in öffentliche Versammlungen einzuladen, um darzulegen, was in den Verhandlungen erreicht wurde und was nicht.

Wie geht's nun weiter? Am 14. November befasst sich eine Hauptversammlung mit dem Koalitionsvertrag, und am 19. November entscheidet dann der Landesparteitag. *(Red.)*

Veranstaltungen

- **Freitag, 10.11., 18 Uhr**
Strategieforum; Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5
- **Mittwoch, 15.11., 17 Uhr ****
Anti-Gewalt-Seminar mit Werner Mattausch, LKA, Anmeldung bis zum 10. November unter Telefon: 9927 0725
- **Sonntag, 19.11., 10 Uhr**
Außerordentliche Tagung des 10. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Berlin; Rathaus Schöneberg
- **Montag, 20.11., 19 Uhr**
BVV-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Donnerstag, 23.11., 17 Uhr**
Tagung der BVV, Große-Leege-Straße 103
- **Sonnabend, 25.11., 14 Uhr**
Regionalkonferenz Berlin-Brandenburg zur Parteineubildung; Inselhotel, Potsdam-Hermannswerder
- **Sonntag, 26.11., 10 Uhr ***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Privatisierung der Gesundheitsvorsorge?“, mit Ingeborg Simon
- **Sonntag, 26.11., 12 Uhr**
Außerordentliche Tagung des 10. Bundesparteitages der Linkspartei.PDS; Hotel „Maritim“, Friedrichstraße

Veranstaltungsort:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

Bürgerhaushalt 2008

Die Beteiligung am letzten Bürgerhaushalt hat sich gelohnt, 88 Prozent der Vorschläge werden 2007 umgesetzt. Für den Bürgerhaushalt 2008 finden in diesem Jahr fünf Veranstaltungen statt, auf denen Sie Ihre Ideen und Anregungen einbringen können. *Hendrikje Klein*

- **Donnerstag, 16.11., 17.30 Uhr**
Fritz-Reuter-Oberschule, Prenzler Straße 29 (Hohenschönhausen Nord)
- **Freitag, 17.11., 17.30 Uhr**
Manfred-von-Ardenne-Schule, Werneuchener Straße 27/28 (Hohenschönhausen Süd)
- **Sonnabend, 18.11., 17.30 Uhr**
Himmelfoyer, Theater an der Parkaue, Parkaue 29 (Lichtenberg Nord)
- **Montag, 20.11., 17.30 Uhr**
Paul-und-Charlotte-Kniese-Schule, Erich-Kurz-Straße 6–10 (Lichtenberg Mitte)
- **Dienstag, 21.11., 17.30 Uhr**
Kulturhaus Karlshorst, Treskotallee 112 (Lichtenberg Süd)

Ein Balanceakt – so oder so

Von Katrin Lompscher

Als Mitglied der großen Verhandlungskommission der Linkspartei.PDS erlebe ich hautnah die Zerreißprobe, vor der nicht nur wir als Partei stehen, sondern auch die Stadt Berlin nach dem Karlsruher Urteil.

Ein grundsätzliches Dilemma

Zum einen sind wir einsam, aber frei im Verband deutscher Länder, zum anderen stehen wir vor der Verantwortung, in der finanziell am Boden liegenden Stadt das öffentliche Leben aufrecht zu erhalten sowie dem Drängen der Privatisierer, Entlasser und Vereinfacher nicht nachzugeben, die sich lautstark und nahezu einhellig in den Medien äußern. Es scheint, als würde die zweite rot-rote Koalition – wenn sie denn zustande käme – noch mehr Feinde haben als die erste. Und die Aussichten für die Stadt bei anderen Regierungskoalitionen stimmen noch weniger optimistisch. Was also tun in diesem offenkundigen Dilemma, bei dem es offenbar vor allem die große Chance gibt zu verlieren?

Was heißt „Kein Weiter so!“?

Es ist klar, dass der Slogan „Kein Weiter so!“ eine inhaltliche Ausfüllung braucht. Im konkreten Fall bedeutet er, dass in die Koalitionsverhandlungen soviel wie möglich vom

eigenen Know-how eingebracht werden muss. Und dass der Prozess und die Ergebnisse der Verhandlungen regelmäßig rückgekoppelt, reflektiert und überprüft werden müssen.

Transparente Verhandlungen

Der Erfolg von laufenden Verhandlungen hängt auch davon ab, dass sie im Kreis der Verhandelnden und nicht in der Öffentlichkeit geführt werden. Dennoch ist es für die Berliner Linkspartei unverzichtbar, dass sie einen transparenten parteiinternen Kommunikationsprozess organisiert. Die Wahlniederlage vom September ist noch nicht hinreichend analysiert. Deshalb hat der Landesvorstand seinen Beratungszyklus verändert und trifft sich wöchentlich mit den Bezirksvorsitzenden und Mitgliedern der Verhandlungsgruppe. Jeden Freitag wird zum Strategieforum eingeladen, wo im großen Kreis von Entscheidungsträgern und Multiplikatoren der Partei zentrale stadtpolitische Fragen offen diskutiert werden. Die einzelnen Fachgruppen sind bestrebt, die Fachleute innerhalb der Partei an der Vorbereitung der Verhandlungen intensiv zu beteiligen.

Ich selbst leite die Fachgruppe Stadtentwicklung, in der Vertreterinnen und Vertreter aus Abgeordnetenhaus, Bezirken, Bundestagsfraktion und der Partei nahestehende Expertinnen und Experten eng zusammenarbeiten. Wir haben uns am Anfang (und werden es auch nach Abschluss tun) mit weiteren Fachpolitikern getroffen und uns über die wichtigsten Themen ausgetauscht.

Kontakt

Wegen der laufenden Koalitionsverhandlungen sind die Sprecher- und Ausschussfunktionen sowie die Festtermine noch ungeklärt. Deshalb bieten die meisten Abgeordneten „nur“ Termine nach Vereinbarung an. Wir kommen auch gern zur Diskussion über die Koalitionsverhandlungen oder über die weitere Entwicklung der Linkspartei in Basis- und Bürgerversammlungen. **Ladet uns ein!**

- **Evrin Baba:** ☎ 2325 2559 (AGH – Abgeordnetenhaus – AGH) oder ☎ 0172-392 58 70 (privat); Sprechstunde: 22.11., 17.30 – 18.30 Uhr, Wahlkreisbüro Ahrenshooper Straße 5
- **Marion Platta:** ☎ 2325-2550 (AGH), ☎ 0170-698 92 55 (privat)
- **Prof. Dr. Steffi Schulze:** ☎ 2325 2580 (AGH), ☎ 0163-717 89 90 (privat)
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 2325 2597 (AGH), ☎ 0171-703 01 63 (privat)
- **Harald Wolf:** ☎ 9013 8100 bzw. 9013 7430 (persönliche Referentin)
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 2325 2553 (AGH), 0151-1560 2356 (privat)

Zukunftsfähige Ergebnisse

Die Ergebnisse liegen jetzt vor. Sie tragen in vielen zentralen Punkten deutlich unsere Handschrift, und sie weisen auch auf der fachlichen Ebene große Übereinstimmungen mit der SPD auf. Es wird dem Parteitag obliegen zu beurteilen, ob die Vereinbarungen – z. B. zur Zukunft der städtischen Wohnungsunternehmen, zur künftigen Fahrpreisgestaltung der BVG, zur Strategie der sozialen Stadtentwicklung und zur Umsetzung der lokalen Agenda – für eine Neuauflage von Rot-Rot ausreichen.

Bei der Entscheidung sollte nicht vergessen werden, unter welcher schwierigen – nicht nur finanziellen, sondern auch gesamtgesellschaftlichen – Bedingungen die Zukunft der Stadt nach Karlsruhe gestaltet werden muss. Die Forderung nach einer starken politischen Kraft, die die soziale Balance in Berlin sichert, ist absolut berechtigt. Genauso wichtig ist aber auch die Erkenntnis, dass die Realität in dieser Stadt sich nicht dadurch verändern würde, wenn wir sie nicht zur Kenntnis nehmen oder ihr auszuweichen versuchen.

Beide aus Lichtenberg, beide für den Senat nominiert: Katrin Lompscher und Harald Wolf



Foto: Jörg Rückmann

Nur Pferden...

Von Gesine Löttsch, MdB

... gibt man den Gnadenschuss! Los Angeles im Jahr 1932: Millionen Menschen sind auf der Suche nach Arbeit, versinken in sozialem Elend und Verzweiflung. Sie ergreifen jede sich bietende Chance, an Geld oder einen Job zu kommen. Da erscheinen die 1500 Dollar als Geschenk des Himmels, die jenem Paar als Siegesprämie winken, das in der Arena eines billigen Tanzschuppens am längsten durchhält und so sein Elend zur Schau stellt.

An den Film „Nur Pferden gibt man den Gnadenschuss!“ musste ich denken, als ich vom Karlsruher Urteil gegen die Berliner Klage auf Bundesergänzungshilfe wegen extremen Haushaltsnotstandes hörte. Berlin sei noch nicht arm genug und immer noch zu sexy. So meinen die Richter.

Spott und Hohn

Ich saß gerade im Haushaltsausschuss des Bundestages, und die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung für das Jahr 2007 wurden verhandelt. Als das Urteil verkündet wurde, brauste ein begeisterter Applaus auf. Die Abgeordneten und die Wissenschaftsministerin beklatschten die Niederlage Berlins vor dem Bundesverfassungsgericht. Berlin ist noch nicht arm genug. Berlin könne z. B. noch die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung kürzen. Ich habe gleich meiner Empörung Luft gemacht und die Ministerin gefragt, wie sie ein solches Urteil gutheißen kann, wo sie doch gerade für mehr Bildung und Wissenschaft kämpfen müsste.

Falsche Vergleiche und Lösungen

Ich frage mich, wie arm und wie hoffnungslos müssen Menschen sein, damit ihnen geholfen wird? Berlin mit Hamburg zu vergleichen – wie es die Richter getan haben –, ist völlig abwegig. Hamburg als eine der reichsten Städte Deutschlands hat natürlich weniger Sozialhilfeempfänger, weniger Armut, weniger Problembezirke als Berlin. Natürlich hat eine arme Stadt mehr Verpflichtungen gegenüber ihren Bürgern als eine reiche.

2,4 Millionen Berlinerinnen und Berliner bekommen Transferleistungen, und das durchschnittliche Einkommen in dieser Stadt liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt. Arm sein ist teuer! Finanzminister Steinbrück fordert nach dem Urteil Verschuldungsobergrenzen für die Länder. Das ist grober Unfug! Denn wenn die Länder diese Grenze erreicht haben, liegt das Kind bereits im Brunnen. Dann schaf-



Foto: Büro Löttsch

Gesine Löttsch am „Dukatenesel“ vor dem Haushaltsausschuss im Bundestag. Wieviel er an Münzen freigibt, darüber entscheiden die Abgeordneten.

fen es die Länder auch mit den größten Anstrengungen nicht, sich aus der Schuldenfalle zu befreien, wie wir in Berlin sehen können. Es ist Aufgabe von Länderparlamenten und des Bundestages, solche finanziellen Schieflagen zu vermeiden.

Wolfgang Thierse ...

... kann seiner Berlin unterstützenden Forderung nach einem Komplettumzug der Regierung ganz rasch nachkommen. Er muss nur den entsprechenden Antrag der Linksfraktion unterstützen. Es ist nicht mehr zeitgemäß, dass immer noch 54 Prozent aller Regierungsangestellten in Bonn arbeiten und nur 46 Prozent in der Hauptstadt.

Unsere Position ist klar: Die Berliner Republik muss sich zu Berlin bekennen. Berlin braucht mehr als warme Worte.

Ursachen und Folgen

Die PDS hat frühzeitig im Berliner Abgeordnetenhaus und im Bundestag auf die zunehmende Verschuldung hingewiesen und die Ursachen benannt. Die Finanzkrise des Bundes, der Länder und Gemeinden ist ein Ergebnis der falschen Steuerpolitik der alten und der neuen Bundesregierung. Allein die Steuerentlastungen der rot-grünen Bundesregierung haben jährliche Ausfälle von 60 Mrd. Euro verursacht. Wer sich dann über die hohe Verschuldung der Länder wundert, ist ein Heuchler.

Es ist auch verlogen, wenn sich Verursacher und Architekten von Finanzkrise bzw. Armutssetzen über eine „Unterschicht“ wundern oder sogar deren Existenz leugnen. Im fünfundneunzigseitigen Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2006 kommt das Wort Armut nur zweimal vor, ansonsten existiert für die Bundesregierung das Problem Armut in Ostdeutschland gar nicht.

Armut bekämpfen

Ich hatte die Kanzlerin aufgefordert, einen Armutsgipfel einzuberufen, um gegen diesen Skandal vorzugehen. Denn es ist ein Skandal, dass in einem der reichsten Länder der Welt die Armut auf dem Vormarsch ist. Doch von der Kanzlerin keine Reaktion. Diese Wirklichkeitsverweigerung ist erschreckend. Um so wichtiger ist es, dass sich die Linke dem Problem der Armut intensiver zuwendet. Wir dürfen nicht wegschauen. Wir müssen dagegen etwas tun. In Lichtenberg gibt es z. B. den Verein „Menschen helfen Menschen“, der sich um arme Menschen kümmert. Wir können und dürfen die Bekämpfung der Armut nicht der Bundesregierung überlassen, denn dann passiert gar nichts. Wir müssen die Sache selbst in die Hand nehmen.

Ich bin zu erreichen:

- Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist hier erreichbar: ☎ 2277 1787 (Bundestagsbüro) oder 9927 0725 (Wahlkreisbüro)
- **Sprechstunde:**
14. November 2006, 17 Uhr
Wahlkreisbüro Ahrenshooper Straße 5

Sehr gern diskutiere ich in Einwohner- und Basisberatungen über aktuelle politische Fragen, über meine Arbeit, über Lichtenberg sowie über unsere Parteientwicklung. **Ladet mich ein!**



Franz-Jacob-Straße

Hier findet man das Christoph-Lichtenberg-Gymnasium. Dieser Straßename und zahlreiche andere im Fennpfuhl regten 21 Schülerinnen und Schüler der Leistungskurse Deutsch 12. und 13. Jahrgangsstufe zu ihrem Forschungsprojekt „Antifaschisten in aller Munde“ an. Die Ergebnisse haben die jungen Biografen gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften in den Häusern der jeweiligen Straße ausgehängt. Und – sie liegen in einem Heft gedruckt vor.

Man erfährt, welche Beziehung sie selber zu den 19 – von den Faschisten ermordeten – Frauen und Männern entwickelt haben, die sie dokumentieren: Mit Zitaten aus persönlichen Briefen, Fotos, Daten und Fakten. Sie recherchierten und informierten sich u.a. in der Anton-Saefkow-Bibliothek, trafen sich mit den Töchtern von Anton Saefkow, Judith Auer und Alfred Jung, besuchten das Zucht-

haus Brandenburg und befragten Zeitzeugen.

Christina Emmrich, die alte und neue Bezirksbürgermeisterin, schreibt u.a. in einem Vorwort: „Lesenswert, anregend und ergreifend ist die vorliegende Publikation. Es ist ... zu spüren, mit wieviel Neugier, Engagement und Hartnäckigkeit sie ... das Thema antifaschistischer Widerstandskampf bearbeitet haben ... Ich bin stolz auf diese Schülerinnen und Schüler, die mit ihrer Haltung zum Antifaschismus in die Öffentlichkeit gehen. Die Jugendlichen leisten damit einen Beitrag zur Stärkung demokratischer Strukturen im Bezirk und sie sorgen mit dafür, dass rechtes Gedankengut sich nicht durchsetzen kann.“

Inge Uesseler

- Die Broschüre „**Rund um den Fennpfuhl: Antifaschisten in aller Munde**“ ist zu erhalten unter Telefon 9760 9567

Die Autoren der Broschüre (Jahrgangsstufe 13) vor dem Christoph-Lichtenberg-Gymnasium



Foto: Christoph-Lichtenberg-Gymnasium

info links

Herausgeber:

Die Linkspartei.PDS – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Web: www.dielinke.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für 9/06: 2.11.2006

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 10/06:

Dienstag, 14.11., Mittwoch 29.11., 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 21.11.

Die nächste Ausgabe erscheint am 7.12.2006.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Donnerstag, 16.11., ab 10 Uhr**
56 Jahre Theater an der Parkaue – Freikarten für Geburtstagskinder, das ganze Programm unter www.parkaue.de
- **Freitag, 17.11., 19 Uhr**
Festveranstaltung 15 Jahre Zimmertheater Karlshorst – eine Retrospektive; Treskowallee 112; **Freitag/Sonnabend 1./2.12., 20 Uhr:** „Der Mond hat keinen Badestrand“ (RUDI's satireSTRAHLen)
- **Mittwoch, 22.11., 18.30 Uhr**
„Ernst Torgler, ein Leben im Schatten des Reichstagsbrandes“, Buchlesung mit den Autoren; Geschäftsstelle der Linkspartei, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **Freitag, 24.11., 18 Uhr**
Premiere: „Die Kindertransporte“ (für Jugendliche von 12 – 18 Jahren) und Publikumsgespräch; Theater an der Parkaue
- **Freitag, 24.11., 19 Uhr**
Chansonabend mit Bérangère Palix, kulinarische Leckerbissen von der Seine, Teilnehmerbeitrag 12 Euro (inkl. Speisen), Anmeldung bis 20.11. erforderlich; Nachbarschaftshaus Am Berl 8 – 10

Kiezspaziergang

An das ehemalige jüdische Leben in Hohen Schönhausen soll am Jahrestag der Reichspogromnacht erinnert werden: Ein Spaziergang (10.11., 18 Uhr, Treffpunkt Tramhaltestelle Simon-Bolivar-Straße) führt zu den ehemaligen Wohnorten jüdischer Menschen.

Die Novemberpogrome von 1938 (bezogen auf die Nacht vom 9. auf den 10. November auch „Reichskristallnacht“ oder „Reichspogromnacht“ genannt) waren eine vom nationalsozialistischen Regime organisierte und gelenkte Zerstörung von Leben, Eigentum und Einrichtungen der jüdischen Menschen im gesamten Deutschen Reich. Dabei wurden von 7. bis 13. November 1938 etwa 400 Menschen ermordet oder in den Tod getrieben. Ab dem 10. November wurden ungefähr 30 000 Juden in Konzentrationslagern inhaftiert, wo nochmals Hunderte ermordet wurden oder an den Haftfolgen starben. Fast alle Synagogen und viele jüdische Friedhöfe in Deutschland und Österreich wurden zerstört. Die Pogrome markierten für alle Zeitzeugen den Übergang von der Diskriminierung und Ausgrenzung der deutschen Juden zur systematischen Verfolgung, die knapp drei Jahre später in den Holocaust mündete.

[/solid]-Lbg